

UNION IN EUROPA

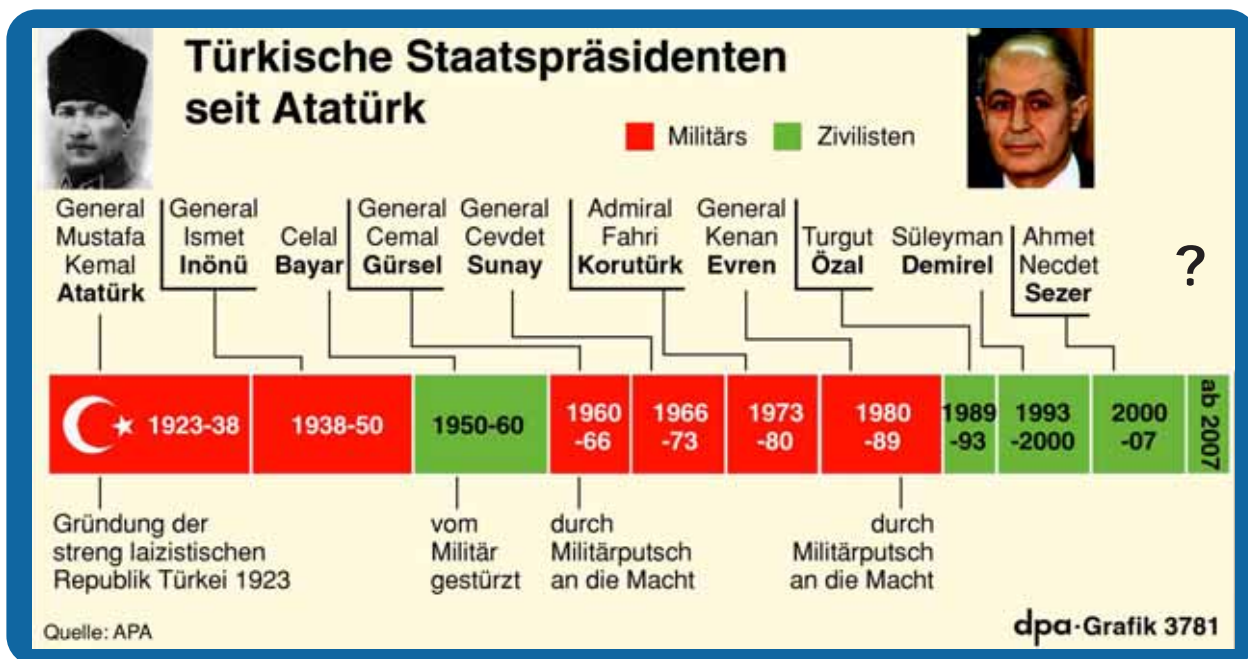
CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 4 · 18. Mai 2007 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

TÜRKEI BRAUCHT UMFASSENDE VERFASSUNGSREFORM

10-Prozent-Hürde für Parlamentswahlen undemokratisch



Eine Verfassungsänderung in der Türkei darf sich nicht auf die Wahl des Staatspräsidenten beschränken. Darauf haben der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Werner Langen und Markus Ferber**, hingewiesen. „Die Hürde für Parlamentswahlen ist mit 10 Prozent viel zu hoch und entspricht in keiner Weise europäischen Standards. Das gleiche gilt für die noch immer unterentwickelte Meinungsfreiheit“, so Langen und Ferber.

ber anlässlich des Besuchs des türkischen EU-Chefunterschiedlers Babacan bei EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn.

Die beiden Unionsabgeordneten bezeichneten die immer noch bestehende 10-Prozent-Hürde als „vollkommen inakzeptabel“. Sie diene offensichtlich nur dazu „Minderheitenparteien regionalen und religiösen Zuschnitts aus dem Parlament und somit von der politischen Beteiligungsrechten auszuschließen.“ Im Parlament von Ankara wurde ge-

stern in erster Lesung eine Verfassungsänderung beraten, welche die Direktwahl des Staatspräsidenten durch das Volk vorsieht. Nach einer zweiten Lesung müsste auch der noch amtierende Staatspräsident Sezer zustimmen.

In der Türkei besteht nach wie vor der Strafrechtsparagraph 301, der nach westlichen Standards uneingeschränkt zulässige Meinungsäußerungen als staatsfeindlich definiert und unter sehr hohe Strafen stellt. „Wir haben es hier eindeutig mit einer

massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit zu tun, die demokratischen Regeln widerspricht“, sagten Langen und Ferber.

„Wenn es in der Türkei Verfassungsänderungen gibt, dann sollten sie zu einer umfassenden Modernisierung genutzt werden. Ansonsten sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit nur Lippenbekenntnisse“, so der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament.

ANGELIKA NIEBLER:

Durchbruch bei Roaming-Verhandlungen Europaparlament setzt verbraucherfreundliche Gebühren durch

Mobilfunkgespräche im Ausland (Roaming) werden wohl bald günstiger. Eine Delegation des Industrieausschuss des Europäischen Parlaments und Vertreter der Ratspräsidentschaft kamen einem vorläufigen Kompromiss über die künftige EU-Verordnung sehr nahe. Darin sollen Mobilfunkbetreiber erstmals gesetzlich zu niedrigeren Gesprächspreisen verpflichtet werden. „Ich begrüße diese Entwicklung. Der Markt hat sich in den letzten Jahren beim Roaming kaum entwickelt. Nun muss die Politik für günstigere Preise sorgen“, sagte die Ausschussvorsitzende Angelika Niebler (CSU).



Angelika Niebler

Die Abgeordneten und die Mitgliedstaaten wollen einen verpflichtenden so genannten Euro-Tarif einführen. Dieser soll für alle Kunden in allen 27 EU-

Staaten gelten und eine Obergrenze für die Minutenpreise festlegen. Diese Obergrenze ist über drei Jahre gestaffelt und soll bei selbst getätigten Anrufen im ersten Jahr 49, im zweiten Jahr 46 und im dritten Jahr 43 Cent betragen. Für im Ausland angenommene Anrufe sollen diese Obergrenzen analog bei 24, 22 und 19 Cent liegen. Die Großhandelspreise zwischen den Netzbetreibern sollen maximal 30, 28 beziehungsweise 26 Cent pro Minute betragen dürfen.

Der neue Euro-Tarif soll spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der Verordnung allen Mobilfunkkunden angebo-

ten werden, so sie nicht schon günstigere Tarife haben. Die Regelungen beim Großhandel und den Transparenzorderungen sollen bereits zwei Monate nach dem Inkrafttreten der Verordnung gelten. Die Laufzeit der EU-Regelung ist zunächst auf drei Jahre begrenzt. „Das scharfe Schwert der Regulierung sollte nur ein Anschubinstrument sein“, so Niebler.

Weitere Informationen zum Thema Roaming:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_de.htm

WEITER →

MANFRED WEBER:

Europaparlament will einheitliches Asylverfahren

Die Asylverfahren in der Europäischen Union sollen künftig vereinheitlicht werden. Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments forderte die Europäische Kommission auf, ein standardisiertes Prozedere zu erarbeiten. „Bei offenen Binnengrenzen müssen wir mittelfristig zu einem einheitlichen Asylverfahren kommen. Dazu gibt es keine Alternative“, sagte der innenpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Manfred Weber (CSU).

Die Abgeordneten verlangen eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und eine effiziente Rückführung von Personen, die keinen Flüchtlingsstatus erhalten haben. „Wenn wir den wirklich politisch verfolgten Menschen Aufnahme bieten wollen, muss bei



Manfred Weber

abgewiesenen Anträgen auch konsequent gehandelt werden. Sonst macht sich Europa unglaubwürdig und weckt falsche Hoffnungen“, so der CSU-Innenpolitiker.

Ein Kernanliegen, mit dem sich die EVP-ED-Fraktion im Ausschuss knapp durchsetzen konnte, ist die so genann-

te Liste sicherer Drittstaaten. Diese soll Länder umfassen, in denen es keine politische Verfolgung gibt. „Um eine nahezu unbegrenzte Zahl an Einzelfallprüfungen vermeiden zu können, ist das notwendig. Natürlich muss eine solche Liste regelmäßig aktualisiert werden“, so Weber.

Eine gemeinsame EU-Datenbank über die politische Situation in den Herkunftsländern soll nach dem Willen der Abgeordneten ebenfalls geschaffen werden. „Das sollte ein offenes System sein. Jede Person, die einen individuellen Asylantrag bearbeitet, muss die gleichen Informationen über die Lage im Herkunftsland des Asylbewerbers haben“, sagte der innenpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion.

Einsparung der Deutschen Amtssprache nicht hinnehmbar

Als unangemessen hat die Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, **Inge Gräble**, die jüngsten Äußerungen von EU-Sprachenkommissar Orban zu den Übersetzungskosten für Deutsch als Amtssprache bezeichnet. „Die Behauptung von Kommissar Orban, die Übersetzung von EU-Dokumenten ins Deutsche werde zur Lähmung oder gar dem vollständigen Kollaps der Europäischen Union führen, ist schlichtweg unglaubwürdig. Solange es möglich ist, für eine Handvoll Maltesisch- oder Gälisch-Sprecher einen entsprechenden Dolmetsch- und Übersetzungsapparat vorzuhalten, kann es ja wohl nicht unangemessen sein, dies auch für die meistgesprochene Sprache in der EU zu tun“, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in Straßburg.

MARKUS PIEPER:

EU-Erweiterung: Ein neues Angebot an die Türkei

Zukunft der europäischen Strukturpolitik

Das Europaparlament hat im April mit breiter Mehrheit meinen Bericht zur Zukunft der europäischen Strukturpolitik verabschiedet. Zu den wichtigsten Forderungen gehört, dass Fördergelder für EU-Kandidatenländer künftig nur fließen, wenn es politische Fortschritte dort zulassen. Zudem fordert das Parlament, dass künftige Erweiterungen nicht zu Lasten bisheriger Förderregionen gehen dürfen. Das Parlament besteht ferner auf einer „permanenten Kostentransparenz“ im Zuge der Beitrittsverhandlungen.

Das Signal der Europaabgeordneten ist eindeutig: Ein „weiter so“ kann es in der europäischen Erweiterungspolitik nicht geben. Dass die Grenzen der Aufnahmekapazität überschritten sind, belegt ein eindrucksvolles Rechenbeispiel des Berichts. So müssten im Förderzeitraum 2007 bis 2013 für die Neu-Mitglieder Bulgarien und Rumänien, die Kandidatenländer Türkei, Kroatien und die fünf Staaten des Westbalkans nach heutigen Maßstäben etwa 150 Milliarden Euro zusätzlich für die Strukturförderung aufgebracht werden. Etwa zwei Drittel dieser Summe ginge allein an die Türkei. Diese Zahlen würden sich ab 2014 sogar noch deutlich erhöhen.

Deshalb fordert das Europaparlament insbesondere für die Türkei ein abgestuftes Vorgehen. Statt der bislang praktizierten ausgleichsorientierten Regionalförderung müssen in der Türkei zunächst regionale und wirtschaftliche Wachstumspole gefördert werden, die das Land auf ein wirtschaftlich höheres Niveau bringen. Außerdem schlägt das Parlament vor, die Regionalförderung mit einem europäischen Wertetransfer etwa in Gleichstellungs- und Minderheitenfragen zu verbinden. Dieses Stufenkonzept ließe sich in



Markus Pieper

Abhängigkeit vom politischen Fortschritt in der Türkei und der europäischen Aufnahmekapazität erweitern. Es ist somit keine Einbahnstraße in die Mitgliedschaft, sondern dem Grunde nach die strukturpolitische Konkretisierung des CDU-Vorschlags einer privilegierten Partnerschaft für die Türkei. So heißt es in dem Bericht, dass ein regionalpolitisches Stufenkonzept

„Differenzierungen zwischen der bereits heute gezahlten Heranführungshilfe und einer EU-Mitgliedschaft“ ermöglichen muss. Diese Formulierung gilt bei EU-Experten als ungewöhnlich deutliche Ankündigung für den Fall, dass die Türkei bei politischen Reformen keine Fortschritte erzielt.

Aber auch innerhalb der EU 27 ist eine höhere Effizienz beim Einsatz der Struktur Gelder erforderlich. Der Bericht schlägt vor, stärker die Hebelwirkung von Darlehensfinanzierungen zu nutzen und den Regionen so mehr Eigenverantwortung zu geben. Zudem muss die EU sich die Frage stellen, ob ihre Programme nicht zu häufig zu Mitnahmeeffekten einladen. Deshalb sollte die Wirkung von Betriebssubventionen genauer hinterfragt werden.

Weitere Informationen finden Sie hier:

http://www.europarl.europa.eu/meet-docs/2004_2009/documents/dt/643/643610/643610de.pdf

WEITER →

Der konsolidierte Bericht zur Zukunft der europäischen Strukturpolitik ist zugänglich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0130+0+DOC+XML+VO//DE&language=DE>

WEITER →

■ CDU-Bundesvorstand setzt Klimakommission ein

Die CDU erarbeitet Konzepte für einen besseren Klimaschutz. Eine hochrangige Kommission wurde dazu vom Bundesvorstand der Partei eingesetzt. „Brüssel plant eine umfangreiche Gesetzgebung zum Schutz des Klimas und zur Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung in Europa. Daher ist es folgerichtig, dass die CDU ihren Beitrag leistet und ein Handlungskonzept ausarbeitet“, sagte der Europaabgeordnete und designierte Berichterstatter des Sonderausschusses Klimaschutz des Europaparlaments, **Karl-Heinz Florenz**. Die CDU-Kommission, der Florenz angehört, trägt den Titel „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“.

■ Regierungsbildung in Serbien

Als „notwendigen Schritt in Richtung Normalität“ hat die Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlaments, **Doris Pack**, die jetzt getroffene Übereinkunft zwischen den gemäßigten Parteien über die Bildung einer Koalitionsregierung in Serbien bezeichnet: „Die zwischen der DS, der DSS und G17 Plus vereinbarte Koalitionsregierung der demokratischen Kräfte in Serbien war mehr als drei Monate nach den Parlamentswahlen überfällig. Sie ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die ins Stocken geratenen Gespräche mit der Europäischen Union wieder in Gang kommen können, sofern Belgrad voll mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zusammenarbeitet“.

■ Mehr Solidarität mit Estland

Zu „mehr europäischer Solidarität mit Estland, das von russischen Nationalisten in seiner Integrität bedroht wird“, hat der außenpolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, **Bernd Posselt**, die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und insbesondere den deutschen Außenminister Steinmeier als Präsidenten des EU-Außenministerrates aufgerufen. Estland habe „bis an den Rand des Völkermordes unter dem Hitler-Stalin-Pakt sowie unter der jahrzehntelangen sowjetischen Okkupation gelitten. Als EU-Mitgliedstaat, der an ein Rußland grenzt, das sich immer offener nationalistisch-autoritär gebärdet, braucht es unseren starken Rückhalt“. Sollten die Drohungen und Übergriffe aus Rußland nicht aufhören, müsse Außenminister Steinmeier eine Verschiebung des EU-Rußland-Gipfels erwägen, so Posselt.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.